MARKTGEMEINDEAMT MOLLN

Nr. 20/2015-2021

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die öffentliche **SITZUNG des GEMEINDERATES**

der Marktgemeinde Molln am 20. September 2018

Tagungsort: Nationalparkzentrum Molln, Vortragsraum Gaisberg

Anwesende:

1. Bürgermeister REINISCH Friedrich (ÖVP) als Vorsitzender
2. GRM Buchriegler Regina, Mag. (FH) – (ÖVP)
3. ---
4. GRM RESCH Josef (ÖVP)
5. GRM KÖSSNER Gudrun, Mag. (ÖVP)
6. GRM BANKLER Stefan (ÖVP)
7. GVM SEEBACHER Gottfried (ÖVP)
8. Vizebgm. HOFBAUER Manfred (SPÖ)
9. GVM WELSER Helmut (SPÖ)
10. GRM HERZOG Erika (SPÖ)
11. ---
12. GRM BRUNNER Ulrike (SPÖ)
13. ---
14. GRM WILDAUER Mario (SPÖ)
15. ---
16. GRM RUSSMANN Andreas (bim)
17. GVM PLATZER Alfred (bim)
18. GRM GASPLMAYR Dominik (bim)
19. GRM KOLLER Markus, Mag. (FH) (bim)
20. ---
21. ---
22. GVM PRENTNER Manfred (FPÖ)
23. GRM KORES Bettina (FPÖ)
24. GRM BACHMAYR Helmut (FPÖ)
25. GRM SCHMIDBERGER Barbara (FPÖ)

Ersatzmitglieder:

ROHRAUER Robert (ÖVP)	für Jungwirth Andreas (ÖVP)
KNOLL Sabine (SPÖ)	für Schober Martin (SPÖ)
BUHECKER Franz (SPÖ)	für Wildauer Hubert (SPÖ)
BACHMAYR Otto (SPÖ)	für Aigner Walter (SPÖ)
LECHNER Katharina, Mag. (bim)	für Platzer Christoph (bim)
WAGNER Christoph (FPÖ)	für Wagner Otmar (FPÖ)

Leiter des Gemeindeamtes: Mag. Christian Pölz

Es fehlen:

Entschuldigt:

Jungwirth Andreas (ÖVP)
Platzer Christoph (bim)
Wagner Otmar (FPÖ)
Aigner Walter (SPÖ)
Schober Martin (SPÖ)
Wildauer Hubert (SPÖ)

Nicht entschuldigt:

Die Schriftführerin: Elisabeth Fischer

Der Vorsitzende eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde,
- b) die Verständigung hiezu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich am 13.9.2018 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am gleichen Tage öffentlich kundgemacht wurde;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- d) die Verhandlungsschriften über die Sitzungen vom 21.6.2018 und 27.7.2018 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsichtnahme aufgelegt sind, während der Sitzung zur Einsichtnahme noch aufliegen und gegen die Verhandlungsschriften bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

TAGESORDNUNG:

- Punkt 1) Kurzinformation zum Projekt „Gesunde Gemeinde“
- Punkt 2) Oö. Tourismusgesetz 2018; Ortsklassenverordnung 2019; Antrag auf Aufstufung in die Ortsklasse C; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 3) Subventionen an Vereine und Körperschaften; Finanzjahr 2018; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 4) Parkplatz FF Breitenau; Pachtvertrag; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 5) Straßenbau; Vermessungsurkunden; Beratung und Beschlussfassung
 - a) Austraße, GZ 1593/17 von DI Koppelhuber
 - b) Zimeck Straße, GZ 1562/16 von DI Koppelhuber
 - c) Ramsauer Straße, GZ 1613/17 von DI Koppelhuber
 - d) Ramsauer Straße, GZ 19446 von Zölß & Partner ZT GmbH
- Punkt 6) Audit „Familienfreundliche Gemeinde“; Durchführung; Beratung und Beschlussfassung

- Punkt 7) Flächenwidmungsplan 3/2003; Beratung und Beschlussfassung:
a) Reinhard und Roswitha Kothgaßner; Änderung 3.85
b) Melanie Teply; Änderung 3.87
c) Rene Haidlmair; Änderung 3.89; Grundsatzbeschluss
- Punkt 8) Schülerhorträumlichkeiten; Verwendung; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 9) Kindergarten; Bearbeitung und Vergabe der Plätze; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 10) Allfälliges

Im Anschluss an die Gemeinderatssitzung ist bei Bedarf eine Bürgerfragestunde entsprechend den beschlossenen Richtlinien vorgesehen.

Der **Bürgermeister** gibt eingangs bekannt, dass **1 Dringlichkeitsantrag**, eingebracht von den **bim-Mitgliedern Andreas Rußmann, Mag. (FH) Markus Koller und Mag. Katharina Lechner**, vorliegt und zwar:

Bim-Fraktion; Beratung und Beschlussfassung:

- a) **Abberufung Vorstandsmitglied Alfred Platzer**
- b) **Abberufung Ausschussobmann Alfred Platzer**
- c) **Nachwahl Vorstandsmitglied**
- d) **Nachwahl Obmann Ausschuss Umwelt, Naturschutz, Nationalpark und Energie**

Er bringt den Antrag zur Kenntnis und lässt anschließend über die Aufnahme abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat lehnt mit 7 Nein-Stimmen (FPÖ sowie Platzer und Gasplmayr, beide bim), 7 Stimmenthaltungen (ÖVP) und 11 Ja-Stimmen (SPÖ sowie Rußmann, Koller und Lechner, alle bim) durch Heben der Hand die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages in die Tagesordnung ab.

Der Bürgermeister informiert anschließend darüber, dass **3 Anfragen für die Bürgerfragestunde** vorliegen und geht zur Tagesordnung über.

Punkt 1) Kurzinformation zum Projekt „Gesunde Gemeinde“

Der **Bürgermeister** begrüßt die Regionalbetreuerin für den Bezirk Kirchdorf/Kr., Frau Mag. Birgit Heidlberger, und erteilt ihr das Wort. Er sagt weiters, dass GRM Mag. Regina Buchriegler Frau Mag. Silvia Hackenberger vertreten wird.

Mag. Heidlberger stellt das Netzwerk „Gesunde Gemeinde“ vor, erläutert den Aufbau und die Organisation und ruft abschließend zur Teilnahme bzw. Einbringung bei den Arbeitskreissitzungen auf.

GRM Buchriegler (ÖVP) berichtet über die Arbeit des Arbeitskreises, gibt einen Überblick über die Aktivitäten und sagt, dass sie sich mehr Bürgerbeteiligung wünscht und lädt zur Mitarbeit ein.

Der **Bürgermeister** bedankt sich für die Informationen und wünscht viel Erfolg.

Punkt 2) Oö. Tourismusgesetz 2018; Ortsklassenverordnung 2019; Antrag auf Aufstufung in die Ortsklasse C; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass in der GR-Sitzung am 19.4.2018 diese Angelegenheit bekanntlich vertagt wurde.

Aufgrund des § 9 Oö. Tourismusgesetz 2018 sind die Gemeinden von der Landesregierung per 1.1.2019 entsprechend ihrer Bedeutung für den Tourismus durch Verordnung in vier Ortsklassen (A, B, C o. D) einzustufen. Für die Einstufung einer Gemeinde ist die Nächtigungsintensität in der Gemeinde im Vergleich zur Landes-Nächtigungsintensität maßgebend. Die Nächtigungsintensität der Marktgemeinde Molln für die Jahre 2013-2017 beträgt 1,89, sodass die Gemeinde mit 1.1.2019 in die Ortsklasse D einzustufen wäre. Damit wäre Molln keine Tourismusgemeinde und in weiterer Folge auch kein Mitglied eines Tourismusverbandes mehr.

Sollte die Beibehaltung der bisherigen Ortsklasse C für weitere 5 Jahre angestrebt werden, ist bis zum 15.10.2018 ein Antrag auf Aufstufung vom GR bei der Landesregierung einzubringen, wobei dafür eine Anhörung der Pflichtmitglieder nicht erforderlich ist. Er ersucht um Wortmeldungen.

GVM Seebacher (ÖVP) sagt, dass man ja abwarten wollte, bis ein Verband feststeht. Diese Entscheidung ist noch nicht gefallen. Er sagt, dass es nicht sinnvoll wäre, die Pflichtmitglieder zu befragen gibt anschließend genauere Erläuterungen. Da keine Kosten für die Gemeinde anfallen und noch nicht feststeht, zu welchem Verband Molln kommen wird, so GVM Seebacher, spricht er sich dafür aus, dass Molln in der Ortsklasse C bleibt. Man wird sehen, wie sich das weiterentwickelt.

Vizebürgermeister GVM Hofbauer (SPÖ) sagt, dass die Angelegenheit vertagt wurde, weil man nicht weiß, welche finanziellen Belastungen auf die Gemeinde zukommen. Nun hat GVM Seebacher die Aussage getroffen, dass keine finanziellen Belastungen auf die Gemeinde zukommen, ist das richtig?

GVM Seebacher (ÖVP) sagt, wenn ein großer Verband zustande kommt, sind das freiwillige Beiträge, die die Gemeinde leisten kann.

GRM Buchriegler (ÖVP) sagt, dass es bis dato 114 Tourismusverbände in OÖ. gegeben hat bis, vom Wirtschaftsressort die Weisung gekommen ist, dass es nur mehr 20 Tourismusverbände sein dürfen. Bettenkapazitäten und Budget sind genau vorgegeben, dann darf ein Verband selbständig bleiben. Alles was darunter ist, hat sich mit einem anderen Verband zusammenschließen. Das zwingt das Steyrtal, sich mit einem Verband zusammenschließen und da ist die Idee geboren, Ennstal, Steyrtal, Oberes Kremstal, Bad Hall und Steyr zu einem Verband zusammenschließen. Nun haben sich Steyr und Bad Hall quergelegt, es geht dabei um den Namen. Ennstal und Steyrtal sagen, dass der Nationalpark als Hauptthema drinnen sein soll. Für Steyr und Bad Hall ist das kein Thema. Daher hat es bis jetzt

noch keinen Entschluss gegeben. In dieser Diskussion hat es geheißen, dass das Budget durch Nächtigungszahlen und I-Beiträge hereinkommt. Bei einer Hochrechnung ist man dabei auf € 1,5 Millionen gekommen und somit hat es geheißen, dass die Gemeinden nicht mehr aktiv in den Verband einzahlen müssen. Das war das Konzept von diesen Verhandlungen. Und da hat es auch geheißen, wenn Molln zu dem großen Verband kommt, braucht der Betrag von € 14.600,-- nicht mehr eingezahlt werden. Man kann das Budget aber beibehalten und sich als Gemeinde im Bereich Tourismus selbst weiterentwickeln. Weil hier aber nichts weitergeht, werden da parallel Verhandlungen geführt, ausgehend vom Ennstal mit Pyhrn-Priel und sie gibt dazu Erläuterungen. Das Budget ist dabei noch kein Thema und man weiß nicht, wie es weitergeht. Sie erklärt anschließend die Änderung bei der Einhebung der Nächtigungsgebühren aufgrund der Änderung des Tourismusgesetzes. Jetzt zu sagen, dass man generell aus dem Tourismus aussteigt, so GRM Buchriegler, das wäre ein total falsches Signal, dann ist Molln weg.

GRM Rußmann (bim) sagt, dass Molln mehr als 15 Jahre lang freiwillig eine Tourismusgemeinde gewesen ist und € 15.000,-- an den Tourismusverband gezahlt und sind nicht annähernd in die Nähe gekommen, Tourismusgemeinde zu werden, aufgrund der Nächtigungen. Er geht davon aus, dass sich auch eine Verbandsänderung und weitere Zahlungen an irgendeinen größeren Verband nicht so positiv auf die Nächtigungen auswirken, dass man in Molln wirklich einen wirtschaftlichen Tourismusfaktor haben. Aus diesem Grund ist er dagegen, dass man da freiwillig irgendetwas weitermacht. Wenn Molln irgendwann einmal so weit ist, dass die Nächtigungen erreicht werden, weil unsere Tourismustreibenden das wollen und sie dann auch so dahinterstehen, dann wird uns jeder Tourismusverband nehmen, so GRM Rußmann.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) sagt, wenn man nicht weiß, welche Belastungen auf die Gemeinde zukommen, wie viel man zahlen muss, dann wäre er da sehr vorsichtig.

GRM Gasplmayr (bim) gibt Erläuterungen über die bisherige Zugehörigkeit zum Tourismusverband bzw. die Zahlungen und die Einhebung der I-Beiträge und sagt, ob das Geld gut ausgegeben oder nicht gut ausgegeben ist, ist in seinen Augen jetzt nicht das Thema. Es fällt leider heuer unglücklich, denn alle 5 Jahre ist zu entscheiden, ob wir die Ortsklasse C beibehalten wollen oder nicht bzw. ob wir wieder Tourismusgemeinde sein wollen oder nicht. Wenn wir das nicht möchten, braucht man da gar nicht mehr diskutieren. Er ist sich auch nicht mehr sicher, ob der Nationalpark noch Interesse an dem allen hat, weil beim Tourismus macht der Nationalpark einen großen Bereich, da werden alle Angebote gemacht in der Gemeinde. Ob das Haus da weiterbetrieben wird, ist eine interessante Frage. Er spricht sich anschließend für die Beibehaltung der Ortsklasse C aus, er möchte mitreden und nicht mitreden lassen, sondern aktiv bei der Gestaltung mitmachen. Momentan weiß man nicht, wie das laufen wird. Realistisch gesehen, wird nächstes Jahr der TV-Steirtal noch einmal das Thema sein. Nachdem der Verein Schulden hat, wird man ja noch einiges zu leisten haben, da wird man nicht auskommen. Es stellt sich momentan in seinen Augen die Kostenfrage nicht. Das kann man dann auch noch verhandeln. Heute geht es nur um die Beibehaltung als Tourismusgemeinde und da gibt es von ihm ein ja.

GRM Rußmann (bim) sagt, dass es für ihn schon interessant ist, dass die bisherigen Befürworter dieses Punktes nur Drohungen von sich geben, wie man wird irgendwo dazukommen, der Nationalpark sperrt das Haus zu... lauter Fiktionen, die er eigentlich, besonders im 2. Fall, unverschämt findet. Als Nationalparkmitarbeiter kann er versichern, dass da nichts zugesperrt wird.

Der **Bürgermeister** sagt abschließend, dass es darum geht, ob man sich in die Ortsklasse D abstufen lässt und aus dem Tourismusverband ausscheidet, wenn man in C bleibt, wird man die Möglichkeit haben, einem Tourismusverband beizutreten.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 18 Ja-Stimmen (ÖVP, FPÖ, bim – ohne Koller, Rußmann und Lechner sowie SPÖ – ohne Hofbauer, Knoll, Wildauer und Buchecker), 6 Nein-Stimmen (Koller, Rußmann und Lechner, alle bim, sowie Knoll, Wildauer und Buchecker – alle SPÖ) und 1 Stimmenthaltung (Hofbauer, SPÖ) durch Heben der Hand einen Antrag auf Aufstufung in die Ortsklasse C beim Amt der Oö. Landesregierung einzubringen.

Punkt 3) Subventionen an Vereine und Körperschaften; Finanzjahr 2018; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass alle entsprechend den Förderungsrichtlinien rechtzeitig für 2018 eingelangten Subventionsanträge in der „Budgetgruppe“ am 11.9. behandelt wurden. Vorgespräche hat es bereits im Frühjahr gegeben. Es wurde einheitlich eine Einsparung von 20 % vorgesehen. Auch beim Rechnungshof war das ein Thema, vor allem auch die Betriebskosten, die von der Gemeinde übernommen werden. Wenn die BK wesentlich höher als die Förderung sind, dann wird keine Förderung mehr ausbezahlt. Er erläutert anschließend die Förderkriterien und sagt, dass als Ergebnis nunmehr die Subventionsliste für das Jahr 2018 vorliegt. In der Liste, die mit der Einladung an alle GRM ergangen ist, ist festgehalten, welcher Verein bzw. Körperschaft welchen Betrag erhalten soll. Er stellt anschließend den Zusatzantrag, dass für die Sanierung des Kabinentraktes des SV-Molln € 5.000,-- als Subvention berücksichtigt werden. Diesbezüglich ist ein Antrag des SV-Molln eingelangt. Es hat auch Gespräche mit der Gemeinde Steinbach/Steyr diesbezüglich gegeben, diese unterstützt das Ansuchen mit € 1.000,--, somit verbleiben für die Marktgemeinde Molln € 4.000,--. Der SV-Molln ist damit einverstanden, dass heuer € 3.000,-- und 2019 € 2.000,-- ausbezahlt werden. Er ersucht um Wortmeldungen.

GVM Platzer (bim) sagt, dass es besser wäre, dass das vor der Sommerpause bereits abgehandelt wird, damit die Vereine schon früher wissen, wie sie mit ihrem Budget umgehen können. Das wäre sein Vorschlag. Er wird der Subventionsliste, wie sie vorliegt, zustimmen. Er regt auch an, dass viele Projekte – wie jetzt die beim SV – besser besprochen werden sollten. Es wird ja nicht nach dem „Gießkannenprinzip“ vorgegangen, es gibt Regeln. Er ersucht die Funktionäre, das besser zu kommunizieren.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) sagt, dass es traurig ist, dass die Subventionen um 20 % gekürzt werden und es gibt auch Vereine, die nicht mehr berücksichtigt werden. Die Angelegenheit mit dem SV-Molln hat ja ein positives Ende genommen, denn in der Subventionsliste wurde das gar nicht behandelt. Er hat eine Sportausschusssitzung direkt im SV-Heim gemacht, damit es transparent ist und dort wurde das auch vor Ort begutachtet. Dann hat es geheißen, der Sportausschuss braucht sich nicht mehr darum kümmern, das wird bei der Behandlung der Subventionen berücksichtigt. Er fragt den Bürgermeister, warum das dann nicht behandelt wurde.

Anschließend kurze Diskussion – der **Bürgermeister** sagt, dass das Ansuchen des SV behandelt wurde und von der SPÖ GRM Aigner dabei war - **Vizebürgermeister Hofbauer** sagt, dass es nicht behandelt wurde.

GVM Prentner (FPÖ) sagt, dass er auch in dieser Subventionsbesprechung dabei war und dass darüber diskutiert wurde.

Auch **GVM Platzer (bim)** sagt, dass darüber gesprochen wurde und auch dabei angeregt wurde, dass mit der Gemeinde Steinbach/Steyr gesprochen werden soll, weil es ja jetzt diese Spielegemeinschaft gibt. Er wendet sich an Vizebürgermeister Hofbauer und sagt, dass er ja der zuständige Ausschussobmann ist.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) sagt, dass er - wie er bereits vorhin gesagt hat – seine Sitzung direkt beim SV-Molln gemacht hat.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand die vorliegende Subventionsliste für das Jahr 2018 (Beilage) sowie zusätzlich eine Subvention in Höhe von € 5.000,-- für die Sanierung des Kabinentraktes des SV-Molln. € 3.000,-- werde noch heuer ausbezahlt, € 2.000,-- im Jahr 2019.

Punkt 4) Parkplatz FF Breitenau; Pachtvertrag; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass für die Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen im Bereich des Zeughauses der FF Breitenau von den Eigentümern der Liegenschaft Breitenau 31, Frau Mag. Astrid Listberger und Herrn Oliver Fischer, eine Grundfläche von rd. 480 m² per Pachtvertrag zur Verfügung gestellt wird. Als Gegenleistung war ursprünglich vorgesehen, dass eine kostenlose Entleerung der Senkgrube der Liegenschaftseigentümer in den Monaten April und Oktober von jeweils bis zu 100 m³ durch die Gemeinde erfolgen soll, wobei eine Fuhre (=10,5 m³) bei der Fa. Lattner derzeit € 68,20 inkl. MwSt. kostet. Bei der Entsorgung des Senkgrubeninhaltes in der Kläranlage fallen zusätzlich, je nach Konzentration des Abwassers, die 1-, 3- oder 6- fache Gebrauchsgebühr lt. Kanalgabührenordnung, welche derzeit bei € 4,015/m³ liegt, an. Der Entwurf dieses Pachtvertrages ist mit der Einladung an alle GRM ergangen.

Der Bürgermeister sagt weiters, dass er noch einmal mit Hr. Fischer gesprochen hat und heute ein geänderter Entwurf des Pachtvertrages an die Fraktionsobmänner ergangen ist. Als Gegenleistung ist nunmehr ein jährlicher Pachtzins von € 500,-- vorgesehen, wobei für die ersten 6 Jahre eine Mietvorauszahlung in Höhe von € 3.000,-- mit Fälligkeit Jänner 2019 geleistet werden soll. Diese Mietvorauszahlung wird im Voranschlag 2019 verankert. Er ersucht um Wortmeldungen.

GVM Rußmann (bim) sagt, dass man um € 500,--normalerweise 10.000 m² landwirtschaftliche Fläche pachten kann und nicht nur 480 m².

GVM Platzer (bim) sagt, dass er sich da seinem Vorredner anschließen kann. Für ihn ist der Preis auch deutlich überhöht. Aber - die Einsatzkräfte brauchen einen geeigneten Parkplatz zum Abstellen der Fahrzeuge. Ihn stört aber viel mehr, dass es in Molln viele Leute gibt, die freiwillig oder günstig ihre Grundstücke zur Verfügung stellen. Vor kurzem hat eine Familie

erst ihren Grund für einen Parkplatz zu einem sehr angemessenen Preis der Gemeinde zur Verfügung gestellt. Wie fühlen sich diese Leute, die keinen solchen Preis bekommen, wie jetzt bei der Feuerwehr. Moralisch gesehen, ist das für ihn nicht in Ordnung. Andererseits ist das Interesse der Feuerwehr natürlich sehr groß und seit Jahren versucht man schon, eine geeignete Parkfläche zu erlangen. Schade, dass ein Verkauf nicht zustande gekommen ist, aus welchen Gründen auch immer. Er spricht sich zwar für eine Unterstützung der Feuerwehr aus, wird sich aber der Stimme enthalten.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) sagt, dass er auch der gleichen Meinung ist, wie seine Vorredner. Es heißt nur mehr sparen, sparen, die Vereine erhalten weniger und hier nimmt man € 3.000,- als Vorauszahlung in Kauf. Anschließend spricht er die Verhandlungen der Gemeinde an und sagt, dass da in der Breitenau gemunkelt wird, dass die Gemeinde das etwas übersehen hat.

Der **Bürgermeister** sagt, dass es Verhandlungen gegeben hat, aber die Verkäufer im Zuge des Verkaufes an einer Aufteilung kein Interesse gehabt haben und man niemand dazu zwingen kann.

GRM Kores (FPÖ) sagt, dass es positiv ist, dass endlich ein Parkplatz für die Feuerwehr zur Verfügung steht. Sie fragt, warum der ursprüngliche Pachtvertrag mit Fam. Fischer nicht zustande gekommen ist?

Der **Bürgermeister** sagt, dass das wesentlich teurer für die Gemeinde gewesen wäre.

GRM Kössner (ÖVP) spricht sich für den Pachtvertrag aus und sagt, dass man sich bei Hr. Fischer bedanken sollte, er verzichtet immerhin auch 15 Jahre auf eine Kündigung.

GRM Buchriegler (ÖVP) sagt, dass sie ihren Vorrednerinnen zustimmen kann. Es wird aber schon wieder die Feuerwehr mit einem Verein vergleichen, die Feuerwehr ist aber eine Körperschaft. Die Gemeinde ist dazu verpflichtet und da sollte man nicht diskutieren, ob das € 1.000,- mehr kostet oder nicht. Und alle Fraktionen haben zugestimmt, 20 % einzusparen bei den Vereinen – bei den Körperschaften wurde das zurückgenommen.

GRM Gasplmayr (bim) sagt, dass er schon auf das Gleichheitsprinzip eingehen möchte. Bei der Fraktionsobmännerbesprechung ist der ursprüngliche Vertrag vorgestellt und besprochen worden und alle haben gesagt, dass das nicht tragbar ist. Es ist nachverhandelt worden und heute ist der neue Vorschlag gekommen. Er spricht sich dafür aus, dass man noch einmal nachverhandeln sollte, denn man sollte für die ganze Gemeinde sprechen. Dass die Parkplatzsituation geregelt gehört, da sind sich ja alle einig, aber ob das schon das letzte ist, wo man zustimmen kann? Es geht hier auch um eine Verantwortung, so GRM Gasplmayr, und er stellt anschließend den *Antrag auf Vertagung des TO-Punktes bis zur nächsten Gemeinderatssitzung*.

Der Bürgermeister lässt anschließend über den Antrag von GRM Gasplmayr abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat lehnt mit 2 Nein-Stimmen (Wildauer und Welser, beide SPÖ), 21 Stimmenthaltungen (SPÖ – ohne Wildauer und Welser, sowie ÖVP, FPÖ und bim – ohne Platzer und Gasplmayr) und 2 Ja-Stimmen (Platzer und Gasplmayr, beide bim) durch Heben der Hand den Antrag auf Vertagung des TO-Punktes bis zur nächsten GRS ab.

Es gibt anschließend noch eine umfangreiche Diskussion, an der sich **die GVM Welser (SPÖ) und Platzer (bim), der Bürgermeister und die GRM Rußmann (bim) und Kores (FPÖ)** beteiligen. Der **Bürgermeister** sagt, dass er noch einmal mit Hr. Fischer sprechen wird, jetzt liegt der Vertrag aber vor und er ersucht im Sinne der Feuerwehr um Beschlussfassung.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, lässt der Bürgermeister über den ursprünglichen TO-Punkt abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 21 Ja-Stimmen (SPÖ, FPÖ, ÖVP und Rußmann, bim) und 4 Stimmenthaltungen (bim – ohne Rußmann) durch Heben der Hand den vorliegenden Pachtvertrag mit Frau Mag. Astrid Listberger und Herrn Oliver Fischer bezüglich einer Grundfläche von rd. 480 m² für die Schaffung von Parkplätzen für die FF-Breitenau mit einem jährlichen Pachtzins in Höhe von € 500,--, wobei für die ersten 6 Jahre eine Mietvorauszahlung in Höhe von € 3.000,-- mit Fälligkeit Jänner 2019 geleistet wird.

Punkt 5) Straßenbau; Vermessungsurkunden; Beratung und Beschlussfassung

- e) **Austraße, GZ 1593/17 von DI Koppelhuber**
- f) **Zimeck Straße, GZ 1562/16 von DI Koppelhuber**
- g) **Ramsauer Straße, GZ 1613/17 von DI Koppelhuber**
- h) **Ramsauer Straße, GZ 19446 von Zölß & Partner ZT GmbH**

Der **Bürgermeister** berichtet, dass im Zuge des Straßenbaus 2016 - 2018 Vermessungen erforderlich waren. Bei den genannten Straßen kam es zu Zu- und Abschreibungen zum öffentlichen Gut. In Summe muss die Gemeinde bei der Austraße Grundablöse für 82 m², bei der Zimeckstraße für 493 m², bei der Ramsauer Straße (Bereich Stummer – Kogler) für 258 m² und bei der Ramsauer Straße (Bereich Kogler, Popp, Resch) für 578 m² bezahlen. Bei einer Grundablöse von € 3,60/m² ergeben sich für die Gemeinde Gesamtkosten in Höhe von € 5.079,60. Der Bürgermeister ersucht um Wortmeldungen.

Da es keine Wortmeldungen gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand, dass im Zuge des Straßenbaus 2016 – 2018 an Grundeinlöse- bzw. ablösekosten ein Betrag von € 3,60/m² bezahlt werden sowie die vorliegenden Vermessungsurkunden für die:

- a) Austraße, GZ 1593/17 von DI Koppelhuber
- b) Zimeck Straße, GZ 1562/16 von DI Koppelhuber
- c) Ramsauer Straße, GZ 1613/17 von DI Koppelhuber
- d) Ramsauer Straße, GZ 19446 von Zölß & Partner ZT GmbH

Punkt 6) Audit „Familienfreundliche Gemeinde“; Durchführung; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** erteilt GVM Welser das Wort.

GVM Welser (SPÖ) sagt, dass lt. Leader Region Nationalpark Oö. Kalkalpen die Projektförderung für das Audit „familienfreundliche Gemeinde“ im Umfang von € 10.000,- mit Ende des Jahres 2018 auslaufen wird. Molln ist bereits seit 2009 eine familienfreundliche Gemeinde. Wenn die Gemeinde die Förderung noch nutzen möchte, ist neben dem verpflichtenden Besuch eines Seminars, welches er im Auftrag des Bürgermeisters bereits absolviert hat, ein GR – Beschluss, dass die Gemeinde das Audit weiterführen möchte, bis spätestens Ende des Jahres erforderlich. In weiterer Folge wird ein Arbeitskreis gegründet, an dem auch Personen aus der Bevölkerung mitarbeiten können, denn bis 31.12.2018 müssen die Projekte eingereicht werden. Es sollen nur Projekte, die auch realistisch sind, erarbeitet werden. 1 Person von der Verwaltung wird zur Protokollführung benötigt. Die Projektvorstellung ist für die letzte Gemeinderatssitzung geplant. Kostenpunkt für die Gemeinde sind max. € 1.000,-. Bis spätestens 31.12.2021 müssen die Projekte auch umgesetzt werden. Er erläutert die Förderung und sagt, dass nur bezahlte Rechnungen eingereicht werden können, Eigenleistungen werden nicht berücksichtigt. Anschließend ersucht er die GRM um Zustimmung.

GRM Gasplmayr (bim) bedankt sich bei Ausschussobmann Welser und sagt, dass es spannend ist, welche Projekte eingereicht werden.

GRM Lechner (bim) sagt, dass sie auch bei der Ausschusssitzung dabei war und berichtet von den Workshops und den Förderbedingungen. Es geht dabei um 3 Projekte und die Förderung gibt es nur dann, wenn diese Projekte auch wirklich umgesetzt werden. Sie lädt zur Mitarbeit ein.

GRM Buchriegler (ÖVP) bedankt sich bei GVM Welser für seinen Einsatz, er ist ja auch im Arbeitskreis „Gesunde Gemeinde“ dabei. Mittlerweile gibt es eine Arbeitskreissitzung nach der anderen und ihr wird das schon etwas zu viel. In der „Gesunden Gemeinde“ findet aber auch Jugend- und Familienarbeit statt. Was soll man da noch neues in einem Projekt erfinden. Die Förderung von € 10.000,- klingt vielleicht gut, wenn man aber wirklich etwas Großes umsetzen will, ist das auch wenig Geld. Es gibt einen bestehenden Arbeitskreis „Gesunde Gemeinde“ und hier ist es ihr wichtig, dass man mehr Bürgerbeteiligung bekommt. Im Ausschuss Schule, Hort, Kindergarten und Jugend hätte man auch Förderungen bekommen für Projekte, es wurden alle Jugendlichen von 16 bis 21 Jahre angeschrieben und 2 Leute haben sich gemeldet - das zu dieser Bürgerbeteiligung. In jedem Arbeitskreis braucht es Freiwillige und wieder Personal vom Gemeindeamt, welches verpflichtend im Arbeitskreis sein muss. Familienfreundliche Gemeinde ist die doppelte Schreibe notwendig, wie im Arbeitskreis „Gesunde Gemeinde“ – sie hat sich da erkundigt. Man weiß, dass die Mitarbeiter vom Gemeindeamt jetzt schon zeitlich überfordert sind, dass es zu wenig Personal gibt und das kann ihr der Amtsleiter sicher bestätigen.

AL Mag. Pölz sagt, dass das der Rechnungshof in seinem Bericht bestätigt.

GRM Buchriegler (ÖVP) sagt, dass sie der Meinung ist, dass man im Arbeitskreis „Gesunde Gemeinde“ Leute finden soll, die sich verstärkt auch für familienfreundliche Projekte einsetzen.

GVM Platzer (bim) sagt, dass man schauen muss, ob es genügend Freiwillige für einen Arbeitskreis bekommt. Er wünscht GVM Welser, dass das zustande kommt.

GRM Brunner (SPÖ) sagt, wenn man die Möglichkeit hat, Geld vom Land zu bekommen, soll man das nutzen. Man wird sicher jemanden zur Mitarbeit finden und sie ersucht, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. GVM Welser wird sich sehr dafür einsetzen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 18 Ja-Stimmen (SPÖ, FPÖ, bim) und 7 Stimmenthaltungen (ÖVP) einstimmig durch Heben der Hand die Fortführung bzw. erneute Durchführung des Audits „Familienfreundliche Gemeinde“.

Punkt 7) Flächenwidmungsplan 3/2003; Beratung und Beschlussfassung:

a) Reinhard und Roswitha Kothgaßner; Änderung 3.85

b) Melanie Teply; Änderung 3.87

c) Rene Haidlmair; Änderung 3.89; Grundsatzbeschluss

a) Der **Bürgermeister** sagt, dass Reinhard und Roswitha Kothgaßner, Breitenau 19, die Umwidmung eines Teiles ihres Grundstückes 597/1 (Teilfl.) von derzeit „Grünland“ in „Wohngebiet“ im Ausmaß von 1.525 m² beantragt haben. Der Grundsatzbeschluss für diese Umwidmung wurde in der GR-Sitzung am 19.04.2018 gefasst. Positive Stellungnahmen des Ortsplaners und des Landes liegen vor. Zum Abschluss des Verfahrens ist diese Umwidmung vom Gemeinderat als Verordnung zu beschließen und er ersucht um Wortmeldungen.

Da keine Wortmeldungen erfolgen, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 3.85., Reinhard und Roswitha Kothgaßner, Teilfläche Grundstück Nr. 597/1, im Ausmaß von 1.525 m² von derzeit „Grünland“ in „Wohngebiet“.

b) Der **Bürgermeister** berichtet, dass Melanie Teply, Rabach 28, die Umwidmung ihrer Grundstücke 1000/1, 1018 (Teilfl.), 1019 (Teilfl.), 1020 (Teilfl.) und 999/1 (Teilfl.), jeweils KG Molln, von derzeit „Grünland“ bzw. „Wohngebiet“ in „Gemischtes Baugebiet“ beantragt hat. Die Fläche der beantragten Umwidmungen beträgt insgesamt 1.476 m², davon 553 m² Neuwidmung (dzt. „Grünland“) und 923 m² Umwidmung (dzt. „Wohngebiet“). Der Grundsatzbeschluss für diese Umwidmung wurde in der GR-Sitzung am 19.04.2018 gefasst. Positive Stellungnahmen des Ortsplaners und des Landes liegen vor. Zum Abschluss des Verfahrens ist diese Umwidmung vom Gemeinderat als Verordnung zu beschließen. Er ersucht um Wortmeldungen.

Da keine Wortmeldungen erfolgen, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 23 Ja-Stimmen (ÖVP, SPÖ, FPÖ und bim – ohne Rußmann und Platzer) und 2 Stimmenthaltungen (Rußmann und Platzer, beide bim) durch Heben der Hand die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 3.87., Melanie Teply, Umwidmung der Grundstücke 1000/1, 1018 (Teilfl.), 1019 (Teilfl.), 1020 (Teilfl.) und 999/1 (Teilfl.), jeweils KG Molln, im Ausmaß von 1.476 m², von derzeit „Grünland“ (553 m²) bzw. „Wohngebiet“ (923 m²) in „Gemischtes Baugebiet“.

c) Rene Haidlmair, Nußbach, hat die Umwidmung von Teilflächen der Grundstücke 1020/1, 1020/2 (Teilfl.), 1020/3 (Teilfl.) und 1023/1 (Teilfl.), jeweils KG Ramsau, im Ausmaß von insgesamt 5.704 m² beantragt. Die angeführten Parzellen weisen derzeit unterschiedliche Widmungskategorien auf. Es bestehen Planungsabsichten zur Erweiterung der touristischen Nutzungen am Stausee Klaus. Im unmittelbaren Anschluss an bestehende Tourismuseinrichtungen soll ein bestehender Containerbau, welcher ursprünglich als Baustelleneinrichtung im Zuge des Autobahnbaus errichtet wurde, als Jugendherberge nachgenutzt werden. In Übereinstimmung mit dem Örtlichen Entwicklungskonzept ist eine Konfigurationsänderung sowie eine geringfügige Erweiterung der rechtswirksamen Widmung „Bauland/Sondergebiet des Baulandes - Tourismusbetrieb“ beabsichtigt. Über den gegenständlichen Umwidmungsantrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Straße, Kanal und Raumordnung am 03.09.2018 beraten. Eine positive Stellungnahme des Ortsplaners liegt vor. Zur Einleitung der weiteren Verfahrensschritte soll die gegenständliche Umwidmung vom Gemeinderat grundsätzlich beschlossen werden.

Da es keine Wortmeldungen gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand im Zuge der Flächenwidmungsplanänderung Nr. 3.89., Rene Haidlmair, Teilflächen der Grundstücke 1020/1, 1020/2 (Teilfl.), 1020/3 (Teilfl.) und 1023/1 (Teilfl.), jeweils KG Ramsau, im Ausmaß von insgesamt 5.704 m², derzeit „Bauland/Sondergebiet des Baulandes mit der Zweckbestimmung TOU-Tourismusbetrieb“ bzw. „Grünland/für die Land- und Forstwirtschaft bestimmte Flächen, Ödland“, eine Konfigurationsänderung sowie eine geringfügige Erweiterung der rechtswirksamen Widmung „Bauland/Sondergebiet des Baulandes - Tourismusbetrieb“.

Punkt 8) Schülerhorträumlichkeiten; Verwendung; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass auf Antrag von GV Martin Schober die durch die Schließung des Hortes frei geworden Räumlichkeiten für die 6. Kindergartengruppe vorgehalten werden sollen, anstatt die bestehende Krabbelgruppe in das Kindergartengebäude zu verlegen. Da GVM Schober heute nicht anwesend ist, ersucht er GVM Hofbauer um Erläuterungen dazu.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) bringt den Antrag wie folgt zur Kenntnis und sagt, dass es seitens der SPÖ Molln es einen Antrag für eine 6. Kindergartengruppe gibt. Lt. GR-Beschluss ist das Thema im Ausschuss zu behandeln. Im Schulausschuss wurde das Thema bis 12.9.2018 noch immer nicht behandelt. Im Gebäudeausschuss wurde das Thema bezüglich Umsetzbarkeit mittels verfügbarer Flächen im aktuellen Kindergarten behandelt.

Aktuell sind alle Kindergartengruppen voll!

Gruppe 1	Gruppenintegration	max. 15 Kinder/voll
Gruppe 2/3	Offenes Arbeiten	max. 45 Kinder/voll
Gruppe 4	Regelgruppe	max. 23 Kinder/voll
Gruppe 5	Regelgruppe	max. 23 Kinder/voll

Überschreitungen nur bei Kindern im letzten Kindergartenjahr oder bei Berufstätigkeit möglich! max. 6 Plätze!

Aktuelle Warteliste (Mo 3.9.2018): 17 Kinder, Warteliste für 2019/2020 (3.9.2018) bereits mit 14 Kinder!

Es besteht daher der dringende Bedarf einer 6. Kindergartengruppe! Die 6. Kindergartengruppe könnte im obersten Stock im Kindergarten (ehemaliger Hort) untergebracht werden.

Raumerfordernis-Konzept bei Unterbringung einer 6. Kindergartengruppe im Kindergarten und Verbleib der Krabbelstube am derzeitigen Standort:

Erdgeschoss: Gruppe Gr.1 (Integrationsgruppe mit Therapieraum mit Wickelmöglichkeit)
Gruppe Gr. 2
Gruppe Gr. 3
1. Stock: Gruppe Gr.. 4 + 5 (Offenes Arbeiten)
2. Stock: Gruppe Gr 6

Notwendige Änderungen im Dachgeschoss:

Einbau eines Personal WCs, Austausch zu altersgemäßen Kinder WCs und Absicherung am Gang.

Vorteile:

- Unterbringung aller angemeldeten Kinder.
- Der Bedarf für eine 6. Kindergartengruppe wird im AJ 2019/20 gegeben sein.
- Zusätzliche Möglichkeit für „Offenes Arbeiten“- Angebot
- Der gestiegene Bedarf an Offene Gruppensysteme könnte durch ein zusätzliches „Offenes Arbeiten“ – Angebot weiter abgedeckt werden
- Im Gegensatz zu einem Einbau der Krabbelstube im Kindergarten sind keine größeren Änderungsmaßnahmen notwendig!

Mit dem derzeit verfügbaren Platzangebot im KIGA ist es nur möglich eine 6. KIGA-Gruppe unterzubringen oder die aktuelle Krabbelgruppe zu verlegen!

Die Kindergartenleitung Renate Rettenegger empfiehlt die schnellstmögliche Umsetzung der 6. Kindergartengruppe und keinesfalls die Platzreserven mit der Krabbelgruppe zu belegen.

Da immer mehr Eltern ihre Kinder nun bereits ab dem 3. Lebensjahr in den Kindergarten geben, wird es in Zukunft ohne der zusätzlichen 6. Kindergartengruppe in Molln unmöglich werden, alle Kinder unterzubringen! Auch wenn nur die Kinder von berufstätigen Eltern (bzw. lt. Bestimmungen §12) aufgenommen werden. Zusätzlich kommt dazu, dass schwangere Mütter oder Mütter in Karenz mit einem zweiten Kind nicht als berufstätig zählen.

Es macht durch den bereits erkannten Bedarf an einer weiteren Kindergartengruppe keinen Sinn durch die Schließung des Hortes freigewordene Flächen im KIGA kurzfristig anderweitig zu verwenden und somit die Umsetzung der 6 Kindergartengruppe unmöglich zu machen.

Vizebürgermeister Hofbauer spricht anschließend den Bürgermeister an und sagt, dass er beim Sprechtag Müttern die Auskunft gegeben hat, dass das – lt. Aussage von Feuerwehrkommandant Steiner Armin - aufgrund von feuertechnischen Gründen nicht möglich ist. Nunmehr hat er – Hofbauer – erfahren, dass diese Aussage nicht von Steiner Armin gemacht wurde. Das ist ein Widerspruch. Die SPÖ spricht sich für die Errichtung einer 6. Kindergartengruppe im Kindergarten aus.

Der **Bürgermeister** sagt, dass es diese Gespräche gegeben hat und man ursprünglich von anderen Voraussetzungen ausgegangen ist. Nunmehr ist es möglich, weil im Mitteltrakt die Möglichkeit eines Fluchtweges besteht. Das ist daher zu revidieren, die Unterbringung ist möglich.

GRM Rußmann (bim) sagt, wenn man vom Bedarf der Errichtung einer 6. Gruppe bzw. in weiterer Folge davon spricht, welche Richtlinien es braucht, ob ein Kind in den Kindergarten gehen darf oder nicht, dann kommt da für ihn so durch, wie wenn es heutzutage noch Leute gibt, die glauben, der KG ist dazu da, dass man auf die Kinder aufpasst, während die Eltern in der Arbeit sind. Der KG ist aber dazu da, dass er die Entwicklung eines Kindes pädagogisch begleitet. Diesen Bedarf hat jedes Kind und so gesehen nimmt auch das Merkblatt des Landes Oö. darauf Rücksicht, in dem es dort heißt, wenn ein Kind für den KG angemeldet wird, dann ist damit der Bedarf gegeben. Er weiß nicht, warum man sich dagegen verschließt und er spricht sich für eine Erweiterung aus, wie sie in Molln benötigt wird. Damit die Leute, die in großen Firmen arbeiten und nach Molln ziehen, sich keine Sorgen zu machen brauchen, wer auf ihr Kind aufpasst oder pädagogisch betreut.

GVM Prentner (FPÖ) sagt, dass am 12.6. eine Ausschusssitzung über dieses Thema abgehalten wurde. Durch den Umstand, dass wöchentlich andere Kinderzahlen von der Kindergartenleiterin auf den Tisch gelegt wurden, wurde beschlossen, die Arbeit, sprich 6. Kindergartengruppe und Übersiedlung Krabbelgruppe, erst dann wiederaufzunehmen, sobald das neue Schuljahr bzw. der Kindergarten beginnt. Der Ausschuss ist sehr wohl aktiv in dieser Sache, aber man kann nichts machen, wenn man keine verlässlichen Zahlen hat, die Arbeit wird demnächst wiederaufgenommen.

GVM Welser (SPÖ) sagt, dass er sich seitens des Wohnungsausschusses bemüht, Leute nach Molln zu bringen. Verein Wirtschaft Steyrtal hat heuer als Schwerpunkt „Arbeiten, wohlfühlen und wohnen im Steyrtal“. Molln ist hier Mitglied und da wird dagegen gearbeitet. Er ersucht um Zustimmung zur Errichtung einer 6. Gruppe.

GRM Lechner (bim) sagt, verweist auf die Kampagne Weitdenken und sagt, dass sie das Gefühl hat, dass man in Molln nicht miteinander redet. Es ist schwer, auf den anderen zuzugehen. In Molln gibt es viele Expertinnen, wie Pädagoginnen, Juristinnen, die einfach ein Wissen haben, welches man teilen möchte. Sie würden gerne einmal zu einer Sitzung kommen, um einfach einmal Wissen zu geben und darzulegen, das heißt nicht, dass hier irgendeine Entscheidung herangezogen werden muss. Sie würden gerne mitarbeiten, unterstützen und ausarbeiten und vielleicht kann man sie einmal zu Sitzungen einladen.

GVM Prentner (FPÖ) sagt, dass jede/r GR gerne zu Ausschusssitzungen kommen kann.

GRM Buchriegler (ÖVP) sagt zur Wortmeldung von GVM Welser, dass Wirtschaft Steyrtal das Problem hat, dass Arbeitsplätze fehlen und bei der Fa. Piesslinger in den nächsten 3 Jahren 120 Arbeitskräfte fehlen. Molln hat den Vorteil gegenüber den anderen 2 Steyrtalgemeinden, dass genug Wohnungsplätze da sind und Hr. Waselmayr hat angefragt, ob er aktiv die Gemeinde mitbewerben darf. Er braucht etwas, damit die Leute herziehen. Sie findet es spannend, dass sich der Gebäudeausschuss mit den Zahlen der Kindergartengruppen beschäftigt, das wäre ja eigentlich Aufgabe des Ausschusses für Schule, Hort und Kindergarten. Sie kann sich den Worten von GVM Prentner anschließen, es wurde über die 6. Gruppe beratschlagt und sie berichtet aus der Ausschusssitzung. Der große Bedarf, der jetzt vorhanden ist, das muss man sich im Ausschuss jetzt wieder ansehen. Sie spricht das Raumerforderniskonzept und die Übersiedlung der Krabbelgruppe an und sagt, dass man abwarten muss, was das Land dazu sagt. Die Punkte, die GVM Schober angeführt hat, sind so noch nicht im Ausschuss behandelt worden. Bevor aber über etwas abgestimmt wird, soll es im Ausschuss behandelt werden. Das betrifft den Ausschuss Schule, Hort, Kindergarten, Jugend und Bildung und daher stellt sie den *Antrag auf Zuweisung an diesen Ausschuss*.

Der Bürgermeister lässt anschließend über den Antrag von GRM Buchriegler abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 15 Ja-Stimmen (ÖVP, FPÖ, bim – ohne Rußmann und Koller), 9 Nein-Stimmen (SPÖ sowie Rußmann, bim) und 1 Stimmenthaltung (Koller, bim) durch Heben der Hand die Zuweisung dieses TO-Punktes an den Ausschuss Schule, Hort, Kindergarten, Jugend und Bildung.

Punkt 9) Kindergarten; Bearbeitung und Vergabe der Plätze; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass diesbezüglich ein Antrag der Bim-Fraktion vorliegt, welcher wie folgt begründet wird:

„Aufgrund der uns fehlenden Transparenz bei den Platzvergaben stellt bim den Antrag auf

- a) Annahme aller Elternanträge bezüglich eines KIGA-Platzes durch die Gemeindeverwaltung
- b) Bearbeitung der Anträge nach den Richtlinien der bestehenden Statuten im Ausschuss KIGA, Hort, Schule, sowie Prioritätenfestlegung der Notwendigkeit auf einen KIGA_Platz
- c) Information der Eltern durch die Gemeindeverwaltung nach Ausschussbeschluss.“

Er ersucht die Antragsteller um ihre Ausführungen dazu.

GRM Gasplmayr (bim) gibt noch einmal kurze Erläuterungen zum Antrag.

GVM Prentner (FPÖ) sagt, dass der Ausschuss da keine Zusagen geben wird. Es geht nur darum, dass hier kontrolliert, ob ein Kindergartenplatz entsprechend zugeteilt werden kann und die Einteilung, wohin das Kind kommt, wird dann von der Kindergartenleitung vorgenommen. Dies zur Klarstellung.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) spricht den Artikel in den OÖ. Nachrichten an und sagt, dass der Bürgermeister da die Aussage getroffen hat, dass er mehr Transparenz möchte. Er spricht nun den Bürgermeister an und fragt, welche Transparenz er möchte. Es gibt ein Schreiben der Kindergartenleiterin dazu und sie möchte, dass dieses Schreiben heute verlesen wird. Sie schreibt darin, dass alle Unterlagen auf der Gemeinde aufliegen und wie sie schreibt „von euch angesehen wird“. Er fragt, ob das so ist und ersucht den Bürgermeister, das Schreiben zu verlesen.

Der **Bürgermeister** sagt, dass der Vizebürgermeister das Schreiben verlesen soll. Bezüglich Transparenz sagt er, dass nicht mehr eine Person über eine Aufnahme entscheidet, sondern 7 Personen vom Ausschuss, die sagen, dem Kind steht ein Platz zu oder nicht. 4 Fraktionen haben da das Sagen.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) sagt, dann ist es doch eine politische Entscheidung.

Der **Bürgermeister** bejaht das.

Anschließend bringt **Vizebürgermeister Hofbauer** das Schreiben der Kindergartenleiterin Renate Rettenegger an den Gemeinderat zur Kenntnis. Anschließend fragt er, wer das auf der Gemeinde geprüft und die Liste dann freigegeben hat.

Der **Bürgermeister** sagt, dass das im Ausschuss nicht behandelt worden ist. Es hat nur die klare Aussage gegeben, dass Berufstätige vorrangig zu behandeln sind und dazu steht er auch. Daher gibt es den Antrag. Der Ausschuss möchte da einfach drüberschauen, ob die Richtlinien auch eingehalten werden.

Der **Vizebürgermeister** bringt noch einmal den entsprechenden Passus aus dem Schreiben von Fr. Rettenegger zur Kenntnis und sagt, wer die Liste freigegeben bzw. kontrolliert hat.

Der **Bürgermeister** sagt dazu, dass es keine Freigabe gegeben hat, es wurde nur darüber gesprochen. 27 Jahre lang hat die Frau Rettenegger darüber entschieden und jetzt ist es für transparenter, wenn 7 Leute vom Ausschuss drüberschauen.

GVM Platzer (bim) sagt, dass er für Klarheit ist. Richtlinien sollten eingehalten werden und 7 Ausschussmitglieder haben hier mehr Möglichkeiten oder können auch Ungerechtigkeiten beseitigen, die immer wieder da sein können. Und Strukturen führen zu Transparenz, das ist ganz klar. Man weiß nicht, welche Wartelisten es gibt, welche Prioritäten es gibt, es ist eigentlich viel zu wenig über die Situation bekannt, was eigentlich los ist. Es gibt immer wieder Gerüchte und es gibt immer wieder Elternbeschwerden, die keinen Platz im Kindergarten bekommen und Aussagen, dass andere es sich richten können. Wenn dann im Herbst der Kindergarten anfängt, haben dann alle interessanterweise einen Platz und vorher nicht, es hat sich dann alles in Wohlgefallen aufgelöst. Das ist für ihn nicht so transparent, Eltern brauchen eine klare Zusage. Wenn herauskommt, dass ein Bedarf an einer 6. Gruppe ist, dann ist er der letzte, der dagegen stimmt. Die Kinder müssen gefördert werden und es geht auch um eine Gleichbehandlung aller Eltern. Wenn 1 Person das macht, dann ist das viel ungleicher, als wenn 7 Leute drüberschauen. Viele brauchen einen Platz, das ist unbestritten, aber seiner Meinung nach gehören auch Tagesmütter wieder mehr gefördert bzw. gestärkt. Er ist aber immer noch der Meinung, der beste Betreuungsplatz ist das Elternhaus.

GRM Rußmann (bim) sagt, dass er die Aufregung überhaupt nicht versteht. Er verweist auf das vorliegende Merkblatt vom Land Oö. zur Deckung des Bedarfs im Kindergarten an Kinderbetreuungsplätzen vorliegen, wo genau die Kriterien aufgelistet sind. Er versteht nicht, warum man in Molln einen Ausschuss beauftragen muss, wo Sitzungsgelder anfallen, wenn das transparent wie bisher auch die Gemeindeverwaltung durchführen kann. Und wenn es Beanstandungen gibt, denen nicht nachgegangen wird, weil man sich die Arbeit nicht antun möchte, dann ist das eine andere Frage. Er ist dagegen, wenn man da ein zusätzliches Gremium einführt, welches unter möglicherweise politischen Gesichtspunkten die Kinder aussucht.

GRM Buchriegler (ÖVP) verweist auf die Ausschusssitzung im Juni, wo dort schon vom Obmann eine aktuelle Kinderliste gefordert wurde. Von der Kindergartenleiterin hat es damals geheißen, dass es sich zeitlich nicht ausgeht, sie ist momentan arbeitsbedingt überfordert, sie wird nachgereicht. Ende Juni hat es dann eine Liste nur mit Kindernamen gegeben, diese war natürlich nicht brauchbar. Es wurde daher eine detaillierte Liste angefordert. Mittlerweile gibt es 14 tägige Arbeitskreissitzungen, man hat nie eine detaillierte Liste erhalten und zum Schulschluss hat man dann die Auskunft bekommen, alle Kinder haben einen Platz. Das ist für sie nicht transparent. Wenn es die Kindergartenleiterin nicht schafft, weil sie überfordert ist, ist es ihrer Meinung nach kein Problem, wenn die Anträge bei der Gemeinde abgegeben werden. Sie glaubt, dass es schneller zielführender ist, wenn die Liste vom Amt erstellt wird, wenn es

bei den Büroarbeiten einfach mitgeht. Über diese Liste kann dann im Ausschuss einfach schnell drübergeschaut werden.

Es gibt anschließend eine umfangreiche Diskussion, in erster Linie darüber, wessen Aufgabe es ist, die Kindergartenplätze zu vergeben. Es beteiligen sich **GRM Koller (bim)**, **Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ)**, **GRM Brunner (SPÖ)**, **der Bürgermeister, GVM Welser (SPÖ)**, **GVM Prentner (FPÖ)**, **GRM Buchriegler (ÖVP)**, **AL Mag. Pölz** und **GVM Platzer (bim)**.

GRM Lechner (bim) sagt, dass ihr jetzt schlecht ist, es wird immer von einer Liste geredet, das sind aber unsere Kinder! Wer auch immer das in Zukunft entscheidet, sie glaubt, dass man Kriterien und Richtlinien schaffen sollte, dass es jedem dabei gut geht. Sie spricht sich für eine Vertagung aus, weil keiner weiß, wie es läuft. Anschließend stellt sie den *Antrag auf Zuweisung an den Ausschuss Schule, Hort, Kindergarten, Jugend und Bildung*.

Der Bürgermeister lässt anschließend über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat lehnt mit 5 Nein-Stimmen (Buchriegler, Resch, Kössner und Seebacher – alle ÖVP sowie Platzer, bim), 10 Stimmenthaltungen (Bankler, Rohrauer und Reinisch – alle ÖVP, FPÖ, Knoll – SPÖ, Gasplmayr – bim) und 10 Ja-Stimmen (SPÖ – ohne Knoll sowie Rußmann, Koller und Lechner – alle bim) durch Heben der Hand die Zuweisung dieses TO-Punktes an den Ausschuss Schule, Hort, Kindergarten, Jugend und Bildung ab.

GRM Brunner (SPÖ) sagt, man sollte sich das alles noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Sie spricht sich nicht dafür aus, dass über die Aufnahme von Kinder im Ausschuss beraten wird, spricht das Entwicklungskonzept an und sagt, dass alle Gruppen voll sind und 17 Kinder auf der Warteliste stehen und sie spricht sich für die Errichtung einer 6. Gruppe aus.

GVM Prentner (FPÖ) erklärt anschließend noch einmal, dass der Ausschuss die Anmeldungen entgegennehmen und auf den Anspruch überprüfen wird. Dann geht das in den Kindergarten und dort wird es weiterbearbeitet. Wenn es den Statuten entspricht, bekommen die Eltern Bescheid.

GRM Herzog (SPÖ) sagt, sie möchte schon richtigstellen, dass jedes Kind Anspruch auf einen Kindergartenplatz hat.

GVM Prentner (FPÖ) sagt, dass die einzigen, die einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz haben, Vorschüler sind, das ist gesetzlich. Seine Kinder sind auch nur ein Jahr in den Kindergarten gegangen und sind auch keine Idioten geworden.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) sagt, dass es nicht so ist, wie das GVM Prentner darstellt, dass der Ausschuss die Anmeldungen überprüft und von der Kindergartenleitung dann weiterbearbeitet wird. Er bringt anschließend den Pkt. b) des Antrages zur Kenntnis in dem es heißt: „Bearbeitung der Anträge nach den Richtlinien der bestehenden Statuten im Ausschuss KIGA, Hort, Schule, sowie Prioritätenfestlegung der Notwendigkeit auf einen KIGA_Platz“. Er sagt, dass das schon eine reine politische Entscheidung ist.

GRM Rußmann (bim) sagt, dass es gesetzlich geregelt ist, dass die Gemeinde die Pflicht hat, Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) fragt, ob der Ausschuss Schule, Hort.... ein Beschlussrecht hat.

Der **Bürgermeister** verneint das.

Anschließend Diskussion darüber, ob und wie der Antrag abgeändert werden soll – es beteiligen sich **GVM Platzer (bim), der Bürgermeister, GRM Gasplmayr (bim) und AL Mag. Pözl**. Es wird keine Einigung erzielt.

GRM Rußmann (bim) sagt, nachdem allgemeine Ratlosigkeit herrscht, stellt er den *Antrag auf Vertagung dieses TO-Punktes bis die Antragsteller wissen, wie der Punkt genau formuliert wird.*

Der Bürgermeister lässt anschließend über den Antrag von GRM Rußmann abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 20 Ja-Stimmen (SPÖ, ÖVP sowie Kores und Schmidberger – beide FPÖ und Rußmann, Koller, Lechner – alle bim), 2 Nein-Stimmen (Platzer und Gasplmayr – beide bim) und 3 Stimmenthaltungen (Prentner, Wagner, Bachmayr – alle FPÖ) durch Heben der Hand die Vertagung dieses TO-Punktes.

Punkt 10) Allfälliges

Der **Bürgermeister** spricht eine Einladung zum „**Herbstschießen**“ der Prangerschützen am 29. und 30.9.2018 auf der Schießstätte Molln aus.

Anschließend informiert er darüber, dass der Lionsclub Steyrtal am 9.11. ein **Konzert mit Ina Regen** im Nationalparkzentrum veranstaltet. Das Konzert ist jetzt bereits ausverkauft und er wurde ersucht, dass ein 2. Konzert am Vortag, dem 8.11., im NPZ abgehalten werden kann. Vom Erlös gibt es u.a. auch eine Spende an die Bergrettung Molln.

Aus diesem Grund wird die für 8.11. geplante **Gemeinderatssitzung auf 12.11.** im Anschluss an die Gemeindevorstandssitzung **verschoben**. Er hat hier im Sinne einer wohltätigen Sache gehandelt.

Er lädt zum **Konzert der Oldies Swing and Gospel Singers** am 6.10. im Nationalparkzentrum ein, Veranstalter ist der Kulturausschuss.

GVM Welser (SPÖ) lädt für Samstag, 22.9. zum **Moinfest** ein und ersucht anschließend alle Mitglieder des Wohnungsausschusses und Ulrike Brunner, im Anschluss an die GRS um eine kurze Besprechung bezüglich der **Jugendtrophy**.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) spricht anschließend den **Baubeginn der NABE** in der Schule an und fragt, wer zugesagt hat bzw. aus welchem Grund gebaut wurde. Er fragt den Bürgermeister, ob er dem Direktor die Zusage für einen Baubeginn gegeben hat.

Der **Bürgermeister** sagt, es wurde indirekt zugesagt und spricht den Besuch im Mai in Linz an, wo die Gruppen genehmigt wurden. Er fragt, wann Baubeginn war.

Der **Vizebürgermeister** sagt, er weiß das nicht, die SPÖ und auch der Bauausschuss waren nirgends eingebunden und man hat auch keine Pläne gesehen. Er als Bürgermeister muss es ja wissen, wenn in einem Gemeindegebäude gebaut wird.

Der Bürgermeister sagt, dass es im Prinzip darum, dass gewisse Räumlichkeiten für die NABE adaptiert wurden und im Mai hat es in Linz die Zusage für die NABE gegeben. Es hat einen

Lokalausweis in Molln gegeben am 31.8. und es hat da eine Baufreigabe gegeben. Am 10.9. war Schulbeginn und es sind viele Arbeiten notwendig gewesen. Der Direktor hat das sicher übernommen, die Schüler gehen vor, sie sind wichtig.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) stellt fest, dass der Direktor der NMS zu Bauen begonnen hat, ohne dass er eine Zusage des Bürgermeisters gehabt hat.

Der **Bürgermeister** sagt, dass man davon ausgehen kann, die Zusage war ja da.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) sagt, dass es aber keine schriftliche Zusage war und dass das Geld auch nicht so geflossen ist, wie man angenommen hat. Man erhält vom Land einen Betrag in Höhe von € 16.000,-- und ein weitaus größerer Betrag wurde verbaut. Wer kommt jetzt für den Betrag auf? Hat der Direktor einfach von sich aus zum Bauen angefangen?

Der **Bürgermeister** sagt, das wäre jetzt eine Sache für den Bauausschuss. Man muss ein wenig realistisch denken, in 10 Tagen kann der Umbau nicht erfolgen. Er sagt weiters, dass der Direktor von ihm keine Zusage für einen Baubeginn erhalten hat.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) fragt den Bürgermeister, um wie viel Geld es geht, was zu viel verbaut wurde.

Der **Bürgermeister** sagt, dass er das jetzt nicht beantworten kann, er muss sich damit auseinandersetzen.

Anschließend noch weitere Diskussion.

Abschließend ersucht der **Vizebürgermeister** den Bürgermeister, eine Information hinsichtlich der fehlenden Summe zukommen zu lassen. Es stehen ja um die € 9.000,-- im Raum. Er weiß das vom Bauausschussobmann, der momentan dienstlich in Amerika ist, und das in Erfahrung gebracht hat. Irgendwer hat da seine Kompetenz überschritten.

GVM Prentner (FPÖ) sagt, dass Molln wieder die **Auszeichnung „Junge Gemeinde 2020“** bekommen hat und wieder € 500,-- erhält.

Anschließend informiert er im Auftrag von GRM Wagner darüber, dass die **WG-Frauenstein** eine Förderung in Höhe von € 745,-- von LR Podgorschek zugesagt bekommen hat und die **Bergrettung Molln** aus dem Feuerwehrkatastrophenschutzreferat € 9.000,-- für das Einsatzfahrzeug zugesagt bekommen hat.

GRM Rußmann (bim) spricht die **Bürgerphotovoltaikanlage** an und informiert darüber, dass bis jetzt 27.100kW eingespeist wurden und das einer Stromersparnis von € 3.000,-- für die Gemeinde entspricht. An Aufwendungen sind € 2.240,-- an Leasingraten plus allfällige Versicherungsprämien, deren Höhe er jetzt nicht weiß, angefallen. Er glaubt aber, dass es nicht über € 100,-- sind, wenn überhaupt. Ca. € 700,-- wurden dadurch erspart, dass diese Anlage geleast wurde. Die Leasingnehmer bzw. Anteilseigentümer haben einen Ertrag von 6 %.

GVM Rußmann sagt weiters, wie man beim **Dringlichkeitsantrag** gemerkt hat, herrscht Misstrauen innerhalb der bim. Wie man beim vorhergehenden Punkt auch bemerkt hat, sind die Tagesordnungspunkte nicht immer wirklich gut vorbereitet sind, ob es in diesem Fall die Umbauten bei der Krabbelgruppe sind oder der letzte vorliegende Antrag, der wieder verschoben wurde. Im Frühjahr hat es auch einen Antrag gegeben, alles unter dem Namen der bim, wo man dann im Vorstand repariert hat. Es wird alles „übers Knie“ gebrochen, das ist nicht die Vorgehensweise, die sie drei, die auf dieser Seite sitzen, befürworten. Aus diesem heraus ist der Misstrauensantrag entsprungen. Was ihn aber enttäuscht, ist, dass sie nicht das gleiche demokratische Recht bekommen, was dem anderen Kollegen zugesprochen wurde. Das ist eigentlich seine einzige Enttäuschung vom heutigen Tag. Er hätte sich schon erwartet, dass demokratische Rechte gleich verteilt werden in so einem Gremium.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) informiert darüber, dass er gerade von Schober Martin die Info erhalten hat, dass es aufgrund der GVS, wo es um das Thema Schule gegangen ist, von

seiner Seite eine Anzeige geben wird, weil da sicher etwas nicht passt. Er hat ihn gebeten, das jetzt auszurichten.

GRM Schmidberger (FPÖ) fragt, warum das Wasser im **Hallenbad** kalt ist.

AL Mag. Pölz sagt, dass der Schulwart einen Defekt gemeldet hat, er derzeit noch Angebote einholt; lt. erster Auskunft der Fa. Madl wird es sich dabei um Kosten von einigen hundert Euro handeln.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, schließt der Bürgermeister die Sitzung um 21.55 Uhr.